

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses



Sitzungs-Nr.: **HFA/018/14-20**
Sitzungs-Tag: **31.01.2017**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 4a, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **19:38 Uhr**

Vorsitzender:

Temme, Hermann

CDU:

Disse, Ulrich
Gadzinski, Tobias
Grewe, Ursula
Groppe, Thomas
Hanisch, Ewald
Oeynhausen, Uwe
Simon, Dirk

SPD:

Hahn, Rüdiger
Holtemeyer, Joachim
Multhaupt, Dirk

Vertretung für Ratsherrn Kruse

UWG/CWG:

Gerson, Andreas
Tobisch, Johannes

Bündnis90/DIE GRÜNEN:

Schulte, Meinolf

Fraktionslos:

Klöhn, Kornelia

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Frischemeier, Peter

Von der Verwaltung nehmen teil:

Groppe, Johannes
Loermann, Norbert
Schlenhardt, Dominik
Werneke, Regina

Schriftführerin

Öffentliche Sitzung

1. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2017

Berichterstatter: Bürgermeister/Sprecher der Fraktionen

2. Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende

Berichterstatter: StOVR Frischemeier

495/2014
-2020

3. 11. Änderung der Hauptsatzung

Berichterstatter: StOVR Frischemeier

494/2014
-2020

4. Anregung gem. § 24 GO NRW

hier: Durchführung von "Juniorwahlen" an den städt. Schulen

Berichterstatter: StOVR Frischemeier

489/2014
-2020

5. Bekanntgaben der Verwaltung

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Sitzungsteilnehmer. Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** fest.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2017

Berichterstatter: Bürgermeister/Sprecher der Fraktionen

Bürgermeister **Temme** geht auf die zuvor stattgefundenen Tagungen der einzelnen Fraktionen ein. Die Anträge zum Haushalt 2017 seien eingegangen und an die Ratsmitglieder vorab zur Kenntnis weitergeleitet worden.

Er bittet, die Fraktionssprecher um Formulierung ihrer Anträge und erteilt als ersten Sprecher Ratsherrn **Hanisch** das Wort.

CDU-Fraktion

Ratsherr **Hanisch** beginnt mit der geplanten **Baumaßnahme** im **Haus des Gastes**. Diese solle mit einem Sperrvermerk versehen werden, da sich s. E. die Sinnhaftigkeit dieser Investition ohne Planungsdetails nicht zu beurteilen ließe. Wenn entsprechende Planungen vorlägen, könne neu darüber beraten werden.

Bezüglich des **Brunnenausschanks** sehe sich die Fraktion mit der Baumaßnahme der **Zuwegung** einverstanden.

Zum vorgesehenen Gesamtansatz von 45.000 € beantragt die Fraktion die Kürzung um 25.000 € (Ansatz für die Erneuerung der Fenster) auf 20.000 €. Ratsherr **Hanisch** erklärt, dass sich die Fraktion aber auch mit dem Vorschlag der SPD einverstanden sehe, die Maßnahme **Erneuerung der Fenster** mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Zur geplanten erstmaligen Beschaffung eines **Kommandowagens** für die Feuerwehr sehe die Fraktion derzeit nicht die zwingende Notwendigkeit, auch im Hinblick der noch ausstehenden Ersatzbeschaffungen im Bereich der Wehr. Die Position für den Kommandowagen in Höhe von 36.000 € sollte aus dem Haushalt gestrichen werden.

SPD-Fraktion

Ratsherr **Multhaupt** erwähnt zunächst lobend den harmonischen Austausch der Fraktionen untereinander. Dies sei eine gute Umgangsform, und bedankt sich dafür.

Zu den durch die Fraktion gestellten Anträgen erläutert Ratsherr **Multhaupt**, hinsichtlich der Baumaßnahme **Brunnenausschank** den Teilansatz Fenster mit einem Sperrvermerk zu versehen. Da das dortige Café aber ein Aushängeschild für Brakel sei, wolle man die Maßnahme nicht streichen und neu darüber diskutieren, sobald konkrete Zahlen vorlägen.

Zur **Sporthalle Mehrgenerationenpark** beantragt die Fraktion, zusätzliche Planungskosten in Höhe von 6.000 € einzustellen für einen Anbau mit zwei Umkleidekabinen, Duschen und Geräteraum.

Die **U3-Betreuung** des **Miniclubs Brakel** möchte die Fraktion den AWO Kreisverband Höxter mit einem einmaligen zweckgebundenen Zuschuss von 1.000 € unterstützen.

UWG/CWG-Fraktion

Ratsherr **Tobisch** beantragt für die Sporthalle Mehrgenerationenpark ebenfalls Planungskosten von 6.000 € einzustellen. Die Abteilung Inlineskater sei in der vergangenen Zeit immer größer geworden. Um den Sport dort angemessen weiter betreiben zu können, sehe er diese Maßnahme als sinnvoll an.

Zur Umgestaltung des **Parkplatzes am Hallenbad** sowie der **Außenanlagen** beantragt die Fraktion einen Sperrvermerk, bis alle Bauplätze auf dem Gelände der ehem. Molkerei fertiggestellt seien.

Weiter halte es die Fraktion für sinnvoll, den **Neubau des Lehrerzimmers** an der Grundschule bis zum Schuljahresbeginn August/September 2017 fertig zu stellen. Eventuell könne dies über eine Zwischenfinanzierung gelöst werden.

Ratsherr **Tobisch** erklärt bezüglich der Beschaffung eines **Kommandowagens** für die Feuerwehr, dass sie die Anschaffung zwar ablehnen, aber sich mit einer günstigeren Variante einverstanden sehen würden.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr **Schulte** beantragt ebenfalls zum Haushalt 2017 den Neubau des Lehrerzimmers an der Grundschule. Die Finanzierung könne aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ erfolgen. Zudem sehe er Kosteneinsparungen, wenn der Neubau in einem Bauabschnitt durchgeführt werde.

Bürgermeister **Temme** erläutert sodann die Anträge der **Fraktion BIB**, da Ratsfrau **Neu** kein ordentliches Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss ist. Die Fraktion habe vier Anträge gestellt, wovon sich drei mit den zuvor gestellten Anträgen der Fraktionen decken.

Der vierte Antrag beziehe sich auf die Sanierung der **Sanitäranlagen in der Asylbewerberunterkunft** Im Märsch. Die Fraktion BIB beantragt, dass die Sanierung erst dann durchgeführt werden solle, wenn dieser Bereich durch Zuweisung neuer Asylbewerber benötigt werde.

StOAR **Loermann** merkt hierzu an, dass aufgrund der derzeit geringen Zuweisungen es kein Problem sei, diese Position mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

Zum Hinweis des StA **Schlenhardt**, dass es sich bei der Sanierung Parkplatz Hallenbad und der Außenanlagen um zwei verschiedene Haushaltspositionen handele, erläutert StBR **Groppe**, dass dieses jedoch als eine Baumaßnahme durchgeführt werde. Da sich der Antrag zudem auf eine Verpflichtungsermächtigung beziehe, könne auch auf den Sperrvermerk verzichtet werden.

StA **Schlenhardt** weist ergänzend zur Haushaltssatzung hin, dass bezüglich der Sanierung des historischen Stadtkerns gemäß Beschluss des Bauausschuss vom 23.11.2016 der Ansatz für die Oberflächengestaltung noch angepasst werden müsste von 132.000 € auf 146.000 € für den Eigenanteil. Ebenso habe der Bauausschuss in der Sitzung beschlossen, den Ansatz der Umgestaltung der Außenanlagen an der Flüchtlingsunterkunft 85.000 € auf 45.000 € zu reduzieren.

Bürgermeister **Temme** bittet, dies in einer Vorlage für den Rat zusammenfassend aufzuführen.

Zum Thema **Kommandowagen** für die Feuerwehr erteilt Bürgermeister **Temme** das Wort an Herrn **Loerman**. Dieser führt umfangreich die Notwendigkeit eines Kommandowagens auf und zitiert aus dem BHKG, dass der Gesetzgeber die Gemeinden verpflichte, den Brandschutzbedarfsplan nicht nur aufzustellen und fortzuschreiben, sondern die Pläne auch in die Realität umzusetzen. Allein die Planung reiche ab sofort nicht mehr aus. Der Kommandowagen sei als Maßnahme in der Prioritätenliste aufgeführt. Man könne sicherlich den dafür vorgesehenen Betrag von 36.000 € auf 30.000 € reduzieren. Weiter geht er auf die Feuerwehrdienstvorschrift sowie der Alarm- und Ausrückeordnung der Stadt ein.

Ratsherr **Simon** erwidert, dass der Kommandowagen im Bedarfsplan an letzter Stelle aufgeführt und somit nicht vordringlich zu behandeln sei. Ratsherr **Hanisch** sieht in diesem Bereich stetig steigende Anforderungen und Vorgaben, so könne es s. E. nicht weiter gehen. Man solle zumindest für 2017 die Beschaffung aussetzen und dann später neu darüber beraten.

Ratsherr **Tobisch** schlägt vor, den Bedarf aus dem Haushalt 2017 zu streichen, aber den Kommandowagen grundsätzlich auf dem Brandschutzbedarfsplan weiter zu belassen.

Ratsherr **Multhaupt** sieht für die SPD-Fraktion die Beschaffung eines Kommandowagens als Notwendigkeit an, auch im Hinblick auf die vorausgegangene Argumentation durch die Verwaltung. Mit Blick auf die Anschaffungen im Feuerwehrbereich für 2018/19 befürworte er eine Anschaffung noch in diesem Jahr, man könne sich hier auf 30.000 € verständigen.

Ratsherr **Schulte** verweist auf die vielen jungen motivierten Leute, das Ehrenamt müsse in jedem Fall gestärkt werden. Seine Fraktion befürworte die Anschaffung eines Kommandowagens.

Ratsherr **Hanisch** schlägt nach dieser Diskussion vor, erst über die vorausgegangenen Anträge abzustimmen, um zum Schluss über die Anschaffung des Kommandowagens untereinander fraktionell beraten zu können. Dieses Vorgehen fand die allgemeine Zustimmung.

Nach Abstimmung über die Anträge (siehe unten) wurde die Sitzung von 19:03 Uhr bis 19:10 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung lässt Bürgermeister **Temme** über die Beschaffung eines Kommandowagens abstimmen, mit folgendem Ergebnis:

Antrag der CDU auf Streichung des Kommandowagens:	10 Ja-Stimmen
Antrag der SPD-Fraktion auf Anschaffung:	4 Ja-Stimmen
	1 Enthaltung

Die Abstimmungsergebnisse zu den weiteren Anträgen sind wie folgt:

Nr.	Antrag	Abstimmungsergebnis
1.	Baumaßnahme Haus des Gastes, die Maßnahme mit veranschlagten 40.000 € wird mit einem Sperrvermerk versehen. Antrag der BIB auf Streichung der Maßnahme.	einstimmig abgelehnt
2.	Brunnenausschank: Zuwegung erneuern, Erneuerung der Fenster mit Sperrvermerk versehen	einstimmig
3.	Einmaliger freiwilliger Zuschuss von 1.000 € an den AWO Kreisverband Höxter zur Unterstützung der U3-Betreuung des Miniclub Brakel (zweckgebunden).	einstimmig

Nr.	Antrag	Abstimmungsergebnis
4.	Planungskosten in Höhe von 6.000 € für den Anbau von Umkleidekabinen und Duschen der Sporthalle Mehrgenerationenpark (Inlinehockey).	einstimmig
5.	Neubau eines Lehrerzimmers in der Grundschule wird in 2017 realisiert.	einstimmig
6.	Sanierung der Sanitäranlagen Asylbewerberunterkunft mit Sperrvermerk versehen.	einstimmig
7.	Sanierung historischer Stadtkern, Erhöhung des Ansatzes für die Oberflächengestaltung von 132.000 € auf 164.000 € für den Eigenanteil	einstimmig
8.	Außenanlagen Flüchtlingsunterkunft, Reduzierung des Planansatzes von 85.000 € auf 45.000 €	einstimmig
9.	Erstmalige Beschaffung eines Kommandowagens für die Feuerwehr	mehrheitlich abgelehnt

2. Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende

Berichterstatter: StOVR Frischemeier

495/2014
-2020

Die Ratsherren **Gadzinski** und **Holtemeyer** erklären sich für befangen und nehmen an der Diskussion und Abstimmung nicht teil.

Ratsherr **Multhaupt** stellt die Frage, warum Bezirksausschussvorsitzende hier nicht berücksichtigt werden. Bürgermeister **Temme** erläutert, dass dies keine Ausschüsse des Rates im Sinne der Geschäftsordnung darstellen. Die Verwaltung werde aber ein Schreiben an das Ministerium aufsetzen vor dem Hintergrund, dass bei zukünftigen möglichen Änderungen des Gesetzes die Bezirksausschüsse mit einbezogen werden sollten.

Ratsherr **Hanisch** informiert, dass die Fraktion beraten habe, den Ausschussvorsitzenden, die im Verhältnis zum Betriebs- und Bauausschuss wenig tagen, keine Aufwandsentschädigung zu zahlen. Diesem Vorgehen können sich die Ratsherren **Multhaupt** und **Tobisch** sowie Ratsfrau **Klöhn** anschließen.

Ratsherr **Schulte** ist hier anderer Meinung. Keiner der vorgenannten Vorsitzenden solle eine zusätzliche Aufwandsentschädigung erhalten.

Ratsherr **Hanisch** bittet die Verwaltung bei der Landesregierung nachzufassen, warum Vorsitzende der Bezirksausschüsse diesbezüglich nicht berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss **empfiehlt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme**, dass die Vorsitzenden des

- **Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Kultur**
- **Rechnungsprüfungsausschusses**

von dem gesetzlichen Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung ausgeschlossen werden sollen.

3. 11. Änderung der Hauptsatzung

Berichterstatter: StOVR Frischemeier

494/2014
-2020

Die Ratsherren **Gadzinski** und **Holtemeyer** erklären sich für befangen und nehmen an der Diskussion und Abstimmung nicht teil.

StOVR **Frischemeier** trägt die vorzunehmenden Änderungen in der Hauptsatzung vor. Auf die Vorlage wird hierzu verwiesen.

Ratsherr **Schulte** teilt mit, dass er der Änderung der Hauptsatzung zustimmen werde, jedoch weist er der Form halber nochmals darauf hin, dass dies nicht die beschlossene Zahlung einer Aufwandsentschädigung an die Vorsitzenden des Betriebs- und Bauausschusses einschließe.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Brakel mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder den entsprechenden Entwurf der Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brakel vom 13.12.1999 –11. Änderung- als Satzung zu beschließen.

Die 11. Änderung zur Hauptsatzung der Stadt Brakel wird Bestandteil der Niederschrift des Rates.

4. Anregung gem. § 24 GO NRW hier: Durchführung von "Juniorwahlen" an den städt. Schulen

Berichterstatter: StOVR Frischemeier

489/2014
-2020

Bürgermeister **Temme** verweist auf den Bürgerantrag der Jusos Höxter auf Durchführung von Juniorwahlen an den städt. Schulen.

Diesem Bürgerantrag stimmen die Ausschussmitglieder im allgemeinen zu, gerade auch im Hinblick der sog. „Politikverdrossenheit“. Dies sei eine Gelegenheit, den Jugendlichen die Bedeutung der Politik bzw. der Wahlen hervorzustellen. Bürgermeister **Temme** hält fest, dass den städt. Schulen eine Beteiligung freigestellt sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig**, den Antrag der Jusos Höxter, Juniorwahlen beginnend mit der Landtagswahl 2017 an den weiterführenden Schulen der Stadt Brakel durchzuführen, zu unterstützen. Den städt. Schulen wird eine Beteiligung freigestellt. Soweit erforderlich sollen die Kosten aus dem Schulbudget getragen werden.

5. Bekanntgaben der Verwaltung

a) Bürgerbus Brakel

StOVR **Frischemeier** informiert über die aktuellen Fahrgastzahlen und deren positive Entwicklung. So haben bis zum Ende des Jahres 2016 insgesamt 8.114 Fahrgäste den Bürgerbus genutzt, das seien 832 Fahrgäste mehr als im Jahr 2015.

Die Übersicht ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Temme die Sitzung.

gez. Unterschriften:

Hermann Temme
(Bürgermeister)

Regina Werneke
(Schriftführerin)